



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Neumann, W.: Handel und Freiheit in den englischen Kolonien

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Handel und Freiheit in den englischen Kolonien

Von W. Neumann



in englisches Sprichwort besagt, der Handel folge der Flagge; und wenn vielleicht auch in der Geschichte der englischen Kolonisation der Handel dem Union-Jack so manches Mal mutig vorangegangen ist, so bleibt doch nichtsdestoweniger die Richtigkeit des Wortes „Trade follows the flag“ nirgends so deutlich erkennbar, wie gerade im Britischen Empire: rund vierundvierzig Millionen Menschen im Vereinigten Königreiche lenken die Geschicke von rund dreihundert- undsechzig Millionen in Übersee, — d. h. die einer achtmal größeren Bevölkerung als im eigentlichen Großbritannien selbst wohnt; ein knappes Bierzigstel der Menschheit beherrscht ein rundes Fünftel, — Braune, Schwarze und andere Weiße. Aber die Handels- und Machtwerte dieses Weltreiches sind doch noch ungleich größer: England und seine Kolonien nehmen räumlich nur etwa ein Fünftel der bewohnten Welt ein, aber seine Schiffe gebieten und schwimmen auf allen Meeren, und die Londoner Börse umspannt mit ihren Netzen das Feld der Erde: rund ein Drittel aller in der Welt erzeugten Güter und Werte menschlicher Arbeit geht irgendwie und irgendwann durch englische Hände oder englische Börsen.

Betrachtet man z. B. die vergleichenden Zahlen, die der Handel einiger besonders bekannter kolonialer Gebiete und Produkte aufweist, so ergeben sich mehrfach Werte, die schon rein arithmetisch das Staunen des Betrachters erregen müssen. — Das Gold z. B., das in den ersten sechzig Jahren der Förderung allein dem Boden Australiens entzogen wurde, beläuft sich auf gegen 550 Millionen Pfund Sterling, und die Förderung der südafrikanischen Union beträgt jetzt jährlich zwischen je 500 und 700 Millionen Mark. Mehr als achtzig vom Hundert aller auf Erden produzierten Diamanten kommen allein aus dem Britischen Südafrika, nebst etwa fünfundzwanzig Prozent alles geförderten Goldes. Die Kupferminen Südaustraliens stehen an Ergiebigkeit und Gehalt mit an erster Stelle. Die Bergwerke des westlichen und nordwestlichen Kanada harren noch der weiteren Erschließung und versprechen ungeheure

Reichtümer an Zink, Blei, Silber, Kupfer und Gold. Die blühendsten Thee- und Reisgebiete, — Ceylon, Assam und Burma, — die ergiebigsten, vielleicht nur den sibirischen an Ertragnis unterlegenen Binnenfischereien der Erde, diejenigen Britisch-Columbia's, sind in englischen Händen. Drei Viertel des Kapitals aller Teepflanzungsgesellschaften Indiens und Ceylons liegen in Londoner Cafes, neunzig Prozent des gesamten Verbrauchs wird nach England verschifft. — Gleichen Schritt mit der raschen Ausdehnung des britischen Machtbereichs, ja eher noch schneller, ist die wirtschaftliche Erschließung und Nutzbarmachung der vom Mutterlande zu verwertenden Gebiete gegangen. Schon reichen beispielsweise die Schächte australischer Bergwerke tausend und mehr Meter in die Erde, und aus oft noch tieferen Schichten hat man das nicht minder wichtige Wasser erhohrt, dessen köstliche Adern in künftigen Zeiten vielleicht Australiens edelsten Reichtum eröffnen werden. Leitungen sind hier schon in Dienst, die jene der alten römischen Provinz Africa um ein Vielfaches übertreffen und selbst denen des Iraq zur babylonischen Blütezeit nicht nachstehen mögen. Sammelbehälter von oft mehreren Millionen Gallonen (zu $4\frac{1}{2}$ Liter) Fassung, gemauerte Leitungen von über 1000 Kilometer Länge tränken riesige Herden von Rindern und Schafen; und ganze Provinzen reichsten Weidelandes, wo noch vor kaum zwei Generationen der einsame Kurnai seinen Bumerah gegen das Steppenwild schleuderte, blühen auf. Junge Wälder grünen, Weinberge und Gärten voll Obst geben Frucht, und das Tosen der Güterzüge durchschneidet die frühere Öde: schon ist der Tag nicht mehr fern, da die erste Eisenbahn den fünften Erdteil ganz durchqueren wird, gleich den Telegraphenpfählen, die schon seit Jahren Adelaide mit Port Darwin verbinden.

Nicht geringer erscheint die kommerzielle Erschließung der anderen großen Bezirke englischer Macht: waren doch schon im Jahre 1902 nach R. Doves Angabe weit über 100 000 Kilometer Eisenbahnlinien in Englisch-Übersee in Betrieb, d. h. die dreifache Länge des heimischen Netzes, und zweieinhalbmal die Länge des Äquators; und diese Bautätigkeit ist seither, besonders auch in Afrika, beständig im Wachsen. So hat sich z. B. der Strang der indischen Eisenbahnen nach englischen Berichten von 1903 bis 1912 um insgesamt etwa fünfundzwanzig Prozent verlängert und erreichte in diesem Jahre weit über 50 000 Kilometer, etwa die Länge des preußisch-hessischen Eisenbahnnetzes, während das darin arbeitende Kapital den Betrag von über 300 Millionen Pfund darstellte! Allein das Netz der vorderindischen Kanäle, die ebensowohl zum Transport wie zu Zwecken der Bewässerung des Landes dienen, ergibt insgesamt eine Linie, die von Madrid bis Wladimostock reicht; und die Wasserfülle der Staubecken Ägyptens ertränkt ganze Ruinenstädte von tausendjährigem Alter, um an ihrer Stelle blühende Dörfer und Baumwollfelder erstehen zu lassen. Der Gesamthandel des alten Millandes hat sich seit 1882 — dem Datum der anglo-ägyptischen Gemeinschaftsverwaltung — um siebenzig Prozent gehoben, während die Reineinnahmen trotz kostspieliger Deich- und Wehrbauten

und trotz der nicht unerheblichen Unkosten infolge der Aufstände des Mahdi und des Mullah noch immerhin um etwa vierzig Prozent steigen konnten. Ebenso ist in Indien und Ceylon nicht nur das Areal der Teeplantagen beständig gewachsen, sondern auch der Ertrag ist mit doppelter Geschwindigkeit gestiegen: ein Ergebnis der guten Arbeitsmethoden und der künstlichen Bewässerung durch das dichte Netz von Kanälen, Stauwehren und Schleusenanlagen, das britischer Unternehmungsgeist im alten Wunderlande geschaffen hat. Während nach der Schätzung der englischen Behörden früher mitunter in einem einzigen Jahre der Dürre bis zu neunzig Prozent des Viehbestandes ganzer Provinzen Indiens zugrunde gingen, was Not und Seuchen im Gefolge hatte, hat sich der Bestand an lebendem Fleisch jetzt seit Jahren dauernd gehoben, die Landbestellung gebessert, und mit ihr zugleich auch die Lebens- und Steuerkraft von Millionen kleiner Bauern, die außer ihrem Acker nicht eben viel irdisches Gut ihr eigen nennen können. In welchem Maße diese Verbesserung der Bewirtschaftung unter anderem gerade auf den Wohlstand der Eingeborenen eingewirkt hat, ergibt sich aus den Angaben der letzten amtlichen „Reports“ für den Sudan, wonach die Steuerkraft der Provinz in den ersten zehn Jahren nach der Besetzung auf das zehnfache gestiegen ist, und dies, wie ausdrücklich bemerkt wird, hauptsächlich infolge der Erschließung von Wasser, Anlage von Pumpwerken und dergleichen.

Denn das eine ist klar, und nach den bekannten kolonialpolitischen Methoden Englands zufolge als Kern- und Zielpunkt jeder administrativen Fürsorge des Mutterlandes geradezu selbstverständlich: die britische Verwaltung tut für die Eingeborenen alles mögliche, aber eben nur wenn und soweit es, ohne die politische Machtstellung des herrschenden Staates auch nur im geringsten in Frage zu stellen, die Steuer- und Handelsergiebigkeit des Koloniallandes steigern kann. Denn daß diese Politik der wirtschaftlichen Erschließung ganz und gar nicht, — wie britische Imperialisten gern behaupten, — aus selbstlosem, höchst moralischem Interesse am bloßen Gedeihen des kolonialen Menschengutes befolgt wird, dafür spricht schon zunächst die alterwiesene Raubbaupolitik der angelsächsischen Handelskompanien des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, von denen damals die Inder urteilten: „sie sind wie Teufel, sie saugen uns aus und tun nur Schlechtes,“ dafür spricht auch vor allem die hier nicht weiter zu erörternde geringe Fürsorge für die sittliche und geistige Förderung der Eingeborenen; aber es liegt eben nach altenglischer Auffassung eine gute Kapitalanlage im überseeischen Boden und — wenigstens mitunter — auch im eingeborenen Menschengut. Diese Aussicht auf eine dauernde, gleichmäßige und gleichmäßig wachsende Rente beherrscht die ganze koloniale Wirtschaftspolitik Groß-Britanniens; ja sie bestimmt im Grunde auch seine ganze staatsrechtliche Entwicklung. Das geht auch deutlich genug aus den so rosig gemalten Berichten der Statthalter, Generalkonsule, Residenten usw. an das Londoner Kolonialamt hervor. Man betreibt die wirtschaftliche

Förderung des Landes, den Bau von Brücken, Eisenbahnen, Leuchttürmen, Molen und Kanälen nicht um des Selbstzweckes der Hebung des Landes und seiner Eingeborenen willen, sondern ausschließlich um den kolonialen Staatshaushalt möglichst gleichförmig und möglichst hoch zu gestalten.

Darum nur die besondere englische „Fürsorge“ für Indien, darum die vielgepriesenen Eisenbahn- und Hochwasserbauten in Ägypten: ohne sie würden eben Schwankungen im Haushalte der Kolonien eintreten, die aller menschlichen Voranschläge spotten und jede dauernde Rentierungspolitik unmöglich machen. Unterscheiden sich doch z. B. die Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Verkäufen in normal guten Jahren von denen einer außergewöhnlichen Dürre oft um ein Vielfaches! Solche maßlosen Schwankungen müssen nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem moralisch und politisch unberechenbare Folgen haben; und erlauben anderseits auch nicht entfernt die gehörige Deckung der sehr hohen regelmäßigen Ausgaben von Gehältern, Sold, Zinsendienst usw. In Ägypten, wo seit Alters nur der bewässerte Boden besteuert wurde, und die einzig realisierbaren Werte des Landes im Ertrag des Palmes liegen, mußte das selbstverständliche Bestreben jeder finanzpolitisch einigermaßen einsichtigen Verwaltung mit Naturnotwendigkeit auf Mehrung der künstlichen Wasserzufuhr bedacht sein, wenn anders der Staatsschatz nicht die berüchtigte Inkongruenz der ersten Rhedivischen Zeit aufweisen und zugleich auch die Rohstoffversorgung der Manchester Baumwollfabriken und mit ihr Duzende von abhängigen Industriezweigen in der Heimat ins Stocken geraten sollte. Auf diesem Wege finanzpolitischer Gesundung waren den Engländern übrigens schon Napoleon der Erste und der Rhedive Ismail Pascha — beide allerdings mit unzulänglichen Mitteln — vorangegangen: ein Zeichen spezifischer Begabung der englischen Weltwirtschaftspolitik ist er nicht.

Um welche Werte es sich dabei immerhin handelt, zeigen die Steuerergebnisse für Ägypten und Indien: im letzteren betragen allein die Einnahmen für geliefertes Wasser an 100 Millionen Mark jährlich. Und in Ägypten sind die Erträge seit Errichtung der Dämme von Assuan und Gdfu andauernd und erheblich gestiegen. Übrigens verzinsen sich auch die großen Stauanlagen Indiens, so die des Godawari und Kaweri, zum Teil sehr gut — einige bis zu 40 und mehr Prozent —, während einige andere, meist mittlere und kleinere Anlagen, wohl infolge schlechter technischer Veranschlagung entweder nur eben den Zinsendienst decken oder gar keinen Nutzen abwerfen. Daß überhaupt die rein technische Seite dieser Staubecken und Flußwehre keineswegs etwa meisterhaft ist — jedenfalls den entsprechenden deutschen und amerikanischen Leistungen nicht entfernt die Wage halten kann —, zeigt sich aus den häufigen nachträglichen Erweiterungs-, Ergänzungs- und Umbauten: hat man doch die 1904 für 40 Millionen Mark fertiggestellte Sperre von Assuan schon 1907 erweitern müssen, um bald darauf festzustellen, daß eigentlich ein großes neues Becken viel weiter oberhalb erforderlich wäre, wenn man die furchtbarsten Schlamm-

fluten des vom Sabesch kommenden Blauen Nil abfangen und nutzbar machen will. Auch die in Witwatersrand und Koolgardie benutzten Maschinenanlagen scheinen technisch nicht gerade wesentliche Verbesserungen gegen die Zeit der Entdeckung jener Goldminen um 1870 erfahren zu haben, — wenn man aus den erhältlichen Abbildungen und Berichten schließen darf. Hier wie überall kommt es dem britischen Kaufmann eben weniger auf vielleicht maßvolle, aber dauernde, als vielmehr auf vorübergehende, aber um so höhere Erträge und Leistungen an: so werden eher die Unkosten der Anlagen durch Weitergebrauch alter Maschinen und Methoden heruntergedrückt, als daß man sich durch Konstruktion und Erprobung neuer Verfahren und Geräte zu möglicherweise kostspieligen Experimenten hinreißen ließe. Ohne diese ist aber ein dauernder Fortschritt der wirtschaftlichen Erträge letzten Endes selbstredend unmöglich.

So nimmt denn auch heute noch die eifertige handelspolitische Ausnützung der im Kolonialboden liegenden Schätze mitunter geradezu die Formen offenbarsten Raubbaus an. War es so schon bei der englischen Hudsonbai-Kompanie und noch deutlicher bei der alten Ostindien-Gesellschaft im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert der Fall, war schon die handelspolitische Ausnützung durch das Mutterland mit die treibende Ursache zur Loslösung der dreizehn alten Vereinigten Staaten 1776, so blieb sie auch noch 1845 englisches Verfahren, als man die reichen Kupferminen von Burra-Burra in Südastralien entdeckt hatte. Aus ihnen bezogen die Londoner Aktionäre mehrere Jahre lang 800 (!) Prozent Dividende — mit dem selbstverständlichen Erfolge, daß die Gruben mit einem Male so gut wie erschöpft waren; und ähnlich war es in einer ganzen Anzahl von Bergwerken in Queensland und Südafrika auch noch in späterer Zeit. Die hohen Dividenden, die einige große Bergwerksgesellschaften dieser beiden Gebiete zahlen konnten, beruhten, volkswirtschaftlich gesprochen, auf Krebsartig-ungesunden Wirtschaftsformen; und das Endergebnis war demgemäß entweder Bankrott, oder aber Massenabwanderung der Digger von einer rasch abgebauten nach irgendeiner anderen, oft Hunderte von Kilometern weit entfernten neuen Mine, — eine Erscheinung, die zwar oft wohl zur raschen Besiedlung und Erschließung neuer Landstrecken geführt hat, aber dem dauernden gleichmäßigen Fortschritt der Kolonien, vor allem der Entwicklung der Seßhaftigkeit sowie der durch sie bedingten moralischen und geistigen Förderung der Ansiedler, keineswegs günstig sein konnte. Auf dergleichen kommt es dem echten Briten ja auch erst in allerletzter Linie an, und es spricht nur von richtiger Selbsteinschätzung, wenn z. B. die amtlichen kolonialen Berichte durchweg zuerst immer den finanziellen Aufschwung der betreffenden Provinz erörtern, hinter dem dann bescheiden die innere Entwicklung der Bevölkerung, Städtebau, Agrarverfassung, Schule und Mission, kriminelle und soziale Bewegung erscheinen, — wenn von ihnen überhaupt je gesprochen wird.

Infolge dieses reinen und unentwegten wirtschaftspolitischen Gesichtspunktes der englischen Kolonialpolitik ist auch das Maß der Freiheit und Rechte, das

den einzelnen Kolonien gegeben oder belassen wird, recht verschieden bemessen, hängt es doch allein und völlig von der wirtschaftlichen Position der Kolonie und ihrer Wertstellung für das Mutterland ab. Eine eigene Bewertung aus inneren Prinzipien oder gar eine moralpolitische Begründung für die Verleihung von Rechten an die Reichsglieder in Übersee gibt es für den Engländer nicht. Australien zum Beispiel, das um 1788 als Verbrecherkolonie begründet worden war, wurde mehr als zwei Generationen hindurch als solche behandelt trotz der dringenden Proteste der allmählich eingewanderten freien Ansiedler, bis endlich der Freihandel der vierziger Jahre des verfloffenen Jahrhunderts die Abnahme des Ackerbaues in England und damit das Bedürfnis nach Erschließung und politischer Anfertigung der überseeischen Getreidemärkte bewirkte. Ungefähr gleichzeitig wurde aus ähnlichen Erwägungen Kanada die langgehegte, übrigens schon durch mehrfache Aufstände verdeutlichte Bitte um größere Selbstverwaltung erfüllt. Die Andamanengruppe ist noch heute gegen den Willen der — allerdings spärlichen — freien Ansiedler, trotz ihrer außerordentlichen Entwicklungsfähigkeit ein bloßes Deportationsgebiet, vornehmlich deshalb, weil man ein der unruhigen vorderindischen Besitzung möglichst nahes Gebiet als Ablagerstätte für gefährliche Elemente braucht. Die Kapkolonie und Natal bekamen ihre „Repräsentanten“ erst in den fünfziger Jahren, als die Gold- und Diamantensfunde eine Sicherung des eigenen Einflusses gegen etwaige fremde Eingriffe erheischte; und der Zusammenschluß der australischen Bundesstaaten zu einem „Commonwealth“ war nur die halb widerwillig großgezogene Frucht der Not, neben dem Äquivalent für die im Burenkriege geleistete Hilfe. Hier wie auch in Südafrika und Kanada hat man sich bemüht, *re perfecta* wenigstens durch mehr oder minder geschickte Fesselung ehrgeiziger Kolonisten einen letzten politischen Riegel vor die große Neigung aller mündig gewordenen Kolonien — die endgültige Loslösung vom Mutterlande nach dem Muster der Vereinigten Staaten — zu legen. So hat man z. B. in Südafrika einen charakterlosen politischen Renegaten zum ersten Minister gemacht und obendrein noch die staatsrechtliche Exekutive des gesamten Unionsgebietes dem König von England überwiesen; so hat man in Kanada über die einheimische Selbstregierung einen nahen Verwandten des Königs gesetzt: zum unverhohlenen Erstaunen eines großen Teiles der Landesgeborenen.

Wo man aber eine solche geteilte Regierungsform einzurichten sich nicht genötigt sah, da herrscht der Brite — trotz allen offiziellen Geredes von „Magna Charta“ und „Habeas Corpus“ daheim — mit allen Mitteln absolutester Staatsgewalt autonom; und wehe dem eingeborenen Volke, das an den Gezeiten dieser Militärdiktatur zu rütteln wagte! Schon das Zahlenverhältnis des kolonialen Regierungsapparates zu der Zahl der Beherrschten spricht da eine deutliche Sprache: die mehr als dreihundert Millionen Eingeborenen des indischen Reiches z. B. werden von den bloß etwa zwölfhundert Menschen geleitet, die zum sogenannten „Indian Civil Service“ gehören; und mancher zwanzig bis fünf- undzwanzig Jahre alte Beamte regierte in Wahrheit Präsidenschaften und

lokale Behörden, die oft eine ganze Million Eingeborener und mehr umfassen, urteilt und entscheidet über Hungersnöte und Polizeimaßnahmen, Eisenbahnen und Ehegesetze, Irrenhäuser und Seuchenschutz, Missionsbüchereien und Dampferfrachten, Hochschulfragen und Militärverpflegung (vgl. Viscount Morley, *Indian Speeches* 1905 bis 1908, Seite 135 ff.). Ähnlich liegen die Dinge in Ägypten, wo der englische Generalresident über Leben und Güter wie ein Gott auf Erden schaltet und waltet, — eine Last der politischen und moralischen Verantwortung, die jeden anderen als einen Menschen mit englischer Selbsteinschätzung geradezu hilflos machen könnte. Ebenso herrscht — hier jedoch nicht nur de facto, sondern auch de jure — der britische Militärgouverneur in Gibraltar, auf den Andamanen und zu St. Helena unumschränkt; er und nur er macht das Gesetz.

Daß bei einer solchen Konzentration der politischen Machtmittel für den Eingeborenen so gut wie gar kein Recht mehr übrig bleibt, ist offenbar. Hört man doch in Indien die englischen Beamten nicht selten mit Bedauern feststellen, daß „leider“ die Zeiten vorbei seien, wo man den Hindu noch ohne weiteres auf vierundzwanzig Stunden an den Ziehbrunnen schicken konnte, ohne gleich eine langweilige Verantwortung dafür gewärtigen zu müssen („*Fortnightly Review*“, Juli 1914, Seite 99 ff.); und daß auch heute noch das Maß der positiven Rechte des Eingeborenen Indiens trotz aller papiernen Reformen ganz erstaunlich niedrig ist, geht schon aus der bloßen Tatsache hervor, daß noch jetzt — wie auch kürzlich gemeldete Massenverhaftungen eingeborener Offiziere wieder offenbart haben — ein von 1818 (!), also aus der *East India Co.*-Zeit, datiertes sogenanntes „Gesetz“ den Generalgouverneur in Fällen des Staatsinteresses in Stand setzt, solchen „Individuen, gegen die hinreichende Gründe zur Einleitung eines Rechtsverfahrens nicht (!) vorliegen, ihre persönliche Freiheit zu nehmen“, so daß, nach zutreffender Beurteilung Viscount Morleys „kein Prozeß, keine Anklage, keine Frist für Inhaftierung“ für solche Verdächtigten vorhanden, sondern einfach offenbare Rechtslosigkeit erklärt ist! Daß bei einem solchen Zustand gesetzlich qualifizierter Gesetzlosigkeit ein auch nur einigermaßen menschenwürdiger Platz im Rechtssystem für den Eingeborenen nicht vorhanden sein kann, ergibt sich von selbst: sitzen doch im ganzen „Indienrat“ nur zwei, im Räte des Vizekönigs nur ein Eingeborener, die beide oben drein vom Staatssekretär für Indien ernannt werden; die reichste, und durch Wohltätigkeit wie durch hohen Bildungseifer gleich ausgezeichnete Gruppe der Parsi hat überhaupt gar keinen Vertreter, auf die sechzig Millionen Muhammedaner wie auf die zweihundert und mehr Millionen Hindu entfällt nur je einer! Und in der Union von Südafrika wurde überhaupt erst seit 1904 ein (!) Eingeborener — übrigens ein muhammedanischer Araber und Doktor der Staatswissenschaften einer europäischen Universität — nach mancherlei Widerstand zum Stadtrat der Hauptstadt gewählt, ja hier ließ sich selbst die Wahl eines christlichen Regers zum Bischof der englischen Kirche nicht ermöglichen, so daß der

betreffende Gentleman zu einer unabhängigen Sekte übergegangen ist, um dort neu ordiniert zu werden.

Wo allerdings die Kolonien, wie in der australischen Bundesgemeinschaft oder in Neuseeland die Verwaltung in die eigene starke Hand genommen haben, da ist der soziale und politische Standard oft um ein erhebliches höher als im Mutterlande selbst: die allgemeine Wehrpflicht z. B., für die man in England bis heute nicht den ethischen und sozialen Mut hat aufbringen können, besteht in Australien schon seit mehreren Jahren; und in der Kap-Kolonie sogar schon seit 1878: die Staaten des Commonwealth von Australien haben ihren Frauen schon lange das Stimmrecht verliehen, um das ihre Schwestern in England ebenso erbittert wie erfolglos gekämpft haben, Antialkoholismus und Antikorruptionsgesetzgebung, staatliches Eisenbahnetz und *Home-rule-all-round* sind wie übrigens auch in der Union von Südafrika politische und soziale Vorzüge des australischen Bundesgebiets, deren sich die vier Glieder des Mutterlandes noch nicht zu rühmen wissen. Ist man doch bei den Antipoden schon beim konfessionslosen Schulunterricht angelangt, — was allerdings bei der Vielzahl von Sektten und Bekenntnissen der australischen Bevölkerung mehr eine Forderung der bittersten Not als eine Tugend zu sein scheint. Ähnlich waren auch z. B. in Neuseeland staatliche Alters- und Invaliditätsversorgung schon lange Zeit Gesetz, ehe das sozialpolitisch ja durchweg rückständige Mutterland sie einzuführen sich bequeme, das seinerseits erst 1870 die allgemeine Schulpflicht, erst 1872 die Nichtkäuflichkeit der Offiziersstellen, erst 1912 die staatliche Altersversicherung eingeführt hat, und das die Idee der allgemeinen Wehrpflicht noch heute als „Beschränkung der verbürgten Freiheit“ verlacht.

Neben diesen sozial außerordentlich aufstrebenden und politisch weitblickenden Dominien müssen die eigentlichen englischen Kolonien mit ihrer schleppenden Sozialpolitik denn auch geradezu mittelalterlich oder orientalisches erscheinen. Das zeigt sich gerade in dem Bereich des Rechts- und Gesetzlebens, das ja im Mutterlande selbst noch die antike Prätorialmethoden und erstarrte Kurialformen aufweist. In Indien z. B. herrscht — wie wir schon oben erwähnten — zeitweilig noch das staatsrechtlich vollkommen unfundierte, weil vorbritische „Gesetz“ von 1818 mit seiner temporären Gesetzunterbindung für jeden „nicht (!) hinreichend Verdächtigten“ —, in Ägypten wiederum besteht ein vierfaches oder, wenn man das unkodifizierte, von Fall zu Fall entscheidende „Recht“ des englischen Richters richtiger bewertet, eigentlich ein geradezu unendlich vielfaches Recht: Koran, Code Napoleon, Konsularrecht gehen bunt durch einander: gemischtraffige Gerichtshöfe und die der eigenen englischen oder russischen und französischen Konsuln fällen Urteilsprüche, die, von politischen Theorien und augenblicklichen Interessen nicht selten beeinflusst, oft einander diametral gegenüberstehen, und dabei untersteht die christliche Geistlichkeit der drei großen Konfessionen außerdem noch ihrem eigenen kanonischen Recht!

Entsprechend ist auch das administrative und politische Kennzeichen der englischen kolonialen Staatsgebilde eine geradezu auffallende Buntheit und Mannigfaltigkeit der Erscheinungen: neben Bundesstaaten wie dem Föderate Malay States oder den ausgeprägt-zentralisierten des Commonwealth von Australien, mit ihrem, dem Deutschen Reich oder den Vereinigten Staaten von Brasilien oder Mexico ähnlichen politischen Habitus, stehen die absoluten Militärmonarchien wie St. Helena, Malta, Gibraltar usw.; und neben Deportations- und Zweckkolonien wie den Andamanen stehen andere politisch so gut wie freie Staatsgebilde wie Neu-Seeland; Kondominien wie den Neuen Hebriden, in die England sich mit Frankreich teilt, oder Ägypten, stehen Enklaven gegenüber wie die Walfischbai oder die Salomonen, wo man aus reinem politischen Hochmut den natürlichen Mitbewerber durch künstliche Schitane fernhält, obwohl man selbst aus dem Alleinbesitz nur Kosten, ohne irgendwelchen Nutzen hat. Und damit in dieser Folge von politischen Kuriosen auch das staatsrechtliche Absurdum nicht fehle, stellt sich noch der angloägyptische Sudan ein, wo England einmal als England, ein zweites Mal als Teilhaber Ägyptens regiert, — da Ägypten doch durch die offiziell bis vor einigen Wochen aufrecht erhaltene Fiktion von 1882 seinerseits unter anglotürkischer Gemeinverwaltung steht.

Diese auffallende Vielheit staatsrechtlicher Gebilde wird von den Engländern selbst mit großer Vorliebe als Zeichen hoher politischer Einsicht und lobenswertester Elastizität der allbritischen Verwaltung gepriesen, obwohl sie doch nur im letzten Grunde einem offenbaren Mangel an Einheit und politischer Architektur entspringt. Und wenn man jenseits des Kanals etwa mit Stolz rühmt, die politischen Gebilde des britischen Weltreichs strasten an Eigenart und Zahl des Aristoteles' Politik Lügen, so ist damit eben nur aus der Armut eine Tugend gemacht worden: ein Reich, das fast ein Viertel der bewohnten Erde und daneben noch alle Ozeane durch seine Flotte umspannt hält — oder doch wenigstens zu halten glaubt —, kann nur auf geographisch abgerundeter Einheit und politisch vollkommener Zentralisierung und Ausgleichung der gesamten Kräfte beruhen, wenn es im Wechsel der Zeiten von Dauer sein soll.

In der Tat haben denn auch schon weitblickende englische Politiker, besonders im letzten Jahrzehnt, diesen wundensten aller Punkte im britischen Weltreichsystem nicht übersehen; und manches dringende Wort wurde für einen engeren politischen Zusammenschluß gesprochen. Ja selbst den einem „true-born“ Briten so widersprechenden Gedanken einer britischen — statt wie jetzt indischen — Kaiserkrone hat man ernstlich erwogen: zunächst ohne jeden Erfolg. Zu dem Zweck, einen Kristallisationspunkt für die panbritischen Sammelbestrebungen zu finden, war ja auch jene famose, seit 1907 alljährlich nach London berufene „Kolonialkonferenz“ ins Leben getreten, deren Vorsitz ex officio der jeweilige Ministerpräsident von Großbritannien und Irland führt. Leider hat sie bloß keine Exekutive erhalten und ist also nicht viel mehr als eine theatralisch aufgepußte

Suldbigungszeremonie vor den Londoner Allmächtigen, die obendrein die Vasallen noch zu gar nichts verpflichtet. Mit Fug und Recht klagten denn auch allbritische Politiker, daß „no conference can bind the mother country or a single dominion of the crown“. (Pollard, „A History of England“ Seite 222): Aber das dem so ist, hat England nur der eigenen Ohnmacht zu verdanken, die, aus Furcht vor etwaigen staatsrechtlichen Eingriffen der Kolonialen, dieser Konferenz nur eine beratende Stimme, aber kein Recht geben wollte.

Ein anderer, vielleicht an sich nicht unwichtiger Schritt zur erstrebten Zentralisation der britischen Weltmachtteile war die schon seit langen Jahren begonnene Flottensammelpolitik. Schon seit 1857 trug Australien die Kosten der britischen Besatzung seines Landes, seit 1895 zahlten Natal, Kapkolonie und Australien — übrigens nur recht geringe — Beiträge zum Unterhalt der britischen Flotte. 1909 lieferte Neuseeland außerdem einen eigenen Dreadnought, Kanada und ein oder zwei andere Provinzen schlossen sich diesem Beispiele an, indische und malaiische Fürsten erklärten sich nach Anfragen zu Beiträgen in ansehnlicher Höhe bereit. Aber trotz aller für diese „Reichsflotte“ gemachten Reklame, und trotz der deutlichen Mahnung, daß mit einer Niederlage des Mutterlandes zur See der künftige Sieger — gemeint war naturgemäß immer das Deutsche Reich — auch die solange wohlgehütete Freiheit der britischen Kolonien antasten werde, um mit Feuer und Schwert seinen „abscheulichen Militarismus“ einzuführen, ist ein irgendwie nennenswertes oder gar dauerndes Ergebnis aus der, nicht ohne einiges Geschick gemachten Reklame noch nicht erwachsen und auch wohl nicht zu erwarten. Englands Flotte hat außer den erwähnten Zusicherungen keine anderen Gaben erhalten als leere Versprechungen; und von einer moralischen Festigung des imperialistischen Gedankens in den Kolonien ist nicht viel zu spüren gewesen. Dieser Mißerfolg ist nicht etwa bloß die Folge der politischen Undankbarkeit der Kolonialen gegen das Mutterland, wie der britische Imperialist häufig mit Pathos und verärgert erklärt hat, vielmehr ist das Mutterland selbst an seiner geheimen Niederlage mit Schuld. Die Zurückziehung der britischen Flotte aus dem Pazifik, die ja nicht zuletzt auch den klugen Nebenzweck verfolgte, aus der Angst der nun isolierten Kolonialen Kapital für die Vermehrung der Flotte zu ziehen*), wurde in Übersee — und mit geschichtlichem Recht — als Zeichen der inneren Schwäche des Mutterlandes und damit auch des ganzen britischen Imperiums betrachtet; und man begann flugs mit dünnen Worten vor den entsetzten Ohren der Londoner Imperialisten die alte Frage wieder zu erörtern, ob es dann nicht eigentlich besser sei, lieber gleich zu den Vereinigten Staaten oder zu — Deutschland überzugehen, deren Schutz und

*) Das gestand auch Admiral Sir E. Freemantle in seiner Ansprache an die englische Kolonialgesellschaft am 19. März 1913 freimütig. (Vgl. Roy. Colon. Instit. Journ. 1913 Seite 473.)

Machtmittel ja doch größer und dauernder zu sein schienen*). Hinzu kam noch das von einem hochangesehenen Westkanadier in öffentlicher Versammlung Londons sogenannte „ill-fated“ Bündnis mit dem gelben Feinde aller Kolonialentwicklung der weißen Rasse im Stillen Meer, sowie der Umstand, daß die für Australien beziehungsweise Neuseeland mit deren Gelde gebauten Schiffe entgegen den feierlichen Versprechungen, und gewiß entgegen den Wünschen und Bedürfnissen der Spender — nur selten, wenn überhaupt —, in die australischen Gewässer beordert wurden. . . .

So sah man in Übersee wohl die Angst des Mutterlandes vor der „teutonischen“ Invasion, aber zugleich auch, — und das war der bleibende Eindruck rings um das Becken des Stillen Ozeans — die tiefe Gleichgültigkeit des Mutterlandes gegen die Gefährdung der Kolonien durch den gelben Feind. Und man zog das Fazit aus dem Verhalten Englands und fand: Verrat an der Rasse und gebrochene Versprechen. — Ist es da ein Wunder, wenn man sich in Washington im stillen ins Häustchen lacht? Australien und Kanada schmeicheln sich wie von selbst in des Klügeren Hand, der zu warten mußte und nichts verloren hat.



Deutschlands wirtschaftliche Kriegführung und Kriegslage

Von Arthur Dix



Im Gegensatz zu der angriffsweisen Kriegführung, die dem Geist in Deutschlands Heer und Flotte entspricht; im Gegensatz auch zu der angriffsweisen Kriegführung, die England auf wirtschaftlichem Gebiet vom Tage der Mobilmachung an betrieben hat, wird die wirtschaftliche Kriegführung deutscherseits durchaus verteidigungsweise geführt.

Greifen wir auf die alten technischen Ausdrücke zurück, so sehen wir, daß der einfachen Bezeichnung für die Verteidigung als Defensivstellung eine zweiseitige Bezeichnung der Angriffsstellung gegenübersteht, indem wir von offensiver und von aggressiver Politik sprechen.

Unter einer offensiven Kriegführung will dabei gemäß dem alten Sprachgebrauch das Hinaustragen des Krieges in Feindesland nach erfolgter Kriegser-

*) Man lese z. B. den Brief australischer Studenten an den Herausgeber der imperialistischen Monatschrift „The Round Table“ vom Juni 1914.